

Ulrich Breitbach

Für Einheit und sozialen Fortschritt

Die Geschichte der Oberhausener IG Metall von den Anfängen bis zum Beginn des neuen Jahrtausends

4. Teil: 1920 - 1929

4. 1. In Abwehrkämpfen – Rathenaustreik, Ruhrbesetzung und Achtstundentag¹

Inhalt

4.1.1. Die Oberhausener Metaller und die Ermordung des Außenministers Rathenau...	49
4.1.2. Ruhrbesetzung 1923.....	56
4.1.3. Der Achtstundentag geht verloren.....	65

Auch nach dem Scheitern des Kapp-Putsches im März 1920 kommt die Republik von Weimar nicht zur Ruhe. Nach wie vor besitzt die Reaktion enorme Machtpositionen in Staatsbürokratie, Armee und Wirtschaft. Sie sucht die Revanche, will die demokratischen und sozialen Errungenschaften des November 1918 zerstören und greift dabei auch zu terroristischen Mitteln. Etliche Mitglieder der Arbeiterbewegung und Repräsentanten der Republik fallen Attentaten zum Opfer.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums geht den radikalen Kräften auf der Linken nicht weit genug, was bisher erreicht wurde. Sie wollen die Revolution durch Sozialisierung der wichtigsten Industriezweige und Verwirklichung einer sozialistischen Republik in kurzer Frist vollenden. Bis 1923 kommt es in verschiedenen Regionen des Landes mehrmals zu bewaffneten Erhebungen von Teilen der Arbeiterschaft, die aber von Freikorps und Reichswehr niedergeschlagen werden.

Bei all dem ist die wirtschaftliche und soziale Lage durch die Kriegsfolgen, vor allem durch die sich beschleunigende Inflation und die an die Kriegsgegner des untergegangenen Kaiserreichs zu zahlenden Entschädigungen belastet.

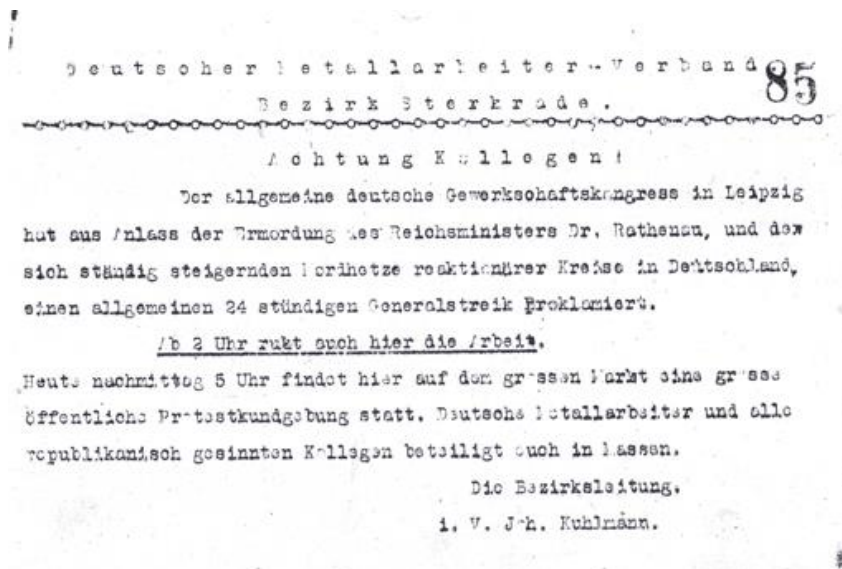
In diesem schwierigen Umfeld suchen die Oberhausener Gewerkschaften der Metallarbeiter ihren Weg.

¹ Kapitel 4 erscheint der Länge wegen in zwei Teilen. Teil 2 wird sich u. a. mit den Betriebsräten, der Tarifpolitik und der organisatorischen Entwicklung von DMV und CMV in Oberhausen befassen.

4.1.1 Die Oberhausener Metaller und die Ermordung des Außenministers Rathenau

Am 24. Juni 1922 erschütterte einmal mehr ein Mordanschlag nationalistischer Kräfte die Republik: Der Außenminister Walter Rathenau war von Angehörigen der ultrarechten Geheimorganisation Consul in Berlin auf offener Straße ermordet worden.

Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung reagierte mit einem Aufruf zur allgemeinen Arbeitsniederlegung. In Alt-Oberhausen und Sterkrade wurde er am 27. Juni vom DMV auf eilig hektografierten Handzetteln verbreitet: „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftskongress² hat aus Anlass der Ermordung des Reichsaußenministers Dr. Rathenau und der ständig sich steigernden Mordhetze reaktionärer Kreise in Deutschland einen allgemeinen 24-stündigen Generalstreik proklamiert. Ab 2 Uhr ruht auch hier die Arbeit.“



(Abb.: RWWA)

Das Attentat war zweifellos ein Angriff auf die Demokratie und damit auf die Existenzgrundlage nicht nur der sozialistischen, sondern auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wie aller anderen Arbeiterorganisationen. Dennoch gab es vom CMV keine vergleichbare

Protestaktion. Er verurteilte den Mord zwar in seiner Zeitung („Der deutsche Metallarbeiter“), lehnte aber eine Arbeitsniederlegung „aus wirtschaftlichen und volksgemeinschaftlichen Gründen“ aufs Schärfste ab. CMV-Sekretär Kaufmann beeilte sich, der Direktion der GHH telefonisch anzukündigen, der CMV werde in einem Aushang in den Betrieben „die Belegschaft zur Ruhe und Weiterarbeit“ anhalten. Dagegen hatte die Direktion, die sonst Veröffentlichungen der Gewerkschaften und des Betriebsrats in den Werken zu unterbinden versuchte, selbstverständlich nichts einzuwenden. Man hoffte, wie es in einer Gesprächsnotiz hieß, „die Betriebe trotz der Aufforderung der sozialistischen Parteien aufrecht zu erhalten.“

² Der 11. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) tagte vom 18. bis 24. Juni in Leipzig.

Über die Beteiligung am Streik gibt es zwei sehr unterschiedliche Darstellungen. Die sozialdemokratische Volksstimme meldete für die Alt-Oberhausener Betriebe der GHH, sie seien am 27. Juni zum größten Teil stillgelegt worden. Die Zählung der Werksleitung, die intern an einem realistischen Überblick interessiert gewesen sein dürfte, ergab ein anders Bild.³ Danach scheint die Arbeitsniederlegung von einer geschlossenen Teilnahme der Beschäftigten weit entfernt gewesen zu sein. Es arbeiteten jedenfalls in den Alt-Oberhausener Werken die Eisenhütte und die Martinwerke, eingeschränkten Betrieb gab es im Stahlwerk. Komplett stillgelegt waren einige Walzstraßen, die Drahtstraße, die Reparaturwerkstätten und das Presswerk.

Streikbeteiligung auf der GHH 27. und 28. Juni 1922 (Kernbetriebe)

	Eisenhütte Oberhausen	Walzwerk Oberhausen	Neu- Oberhausen	Abteilung Sterkrade
27. 6. Frühsch.	5 %	30 %	45 %	14 %
27. 6. Mittagsch.	3 %	32 %	56 %	58 %
27./28. Nachtsch.	-	16 %	30 %	61 %
28. 6. Frühsch.	-	2 %	-	31 %

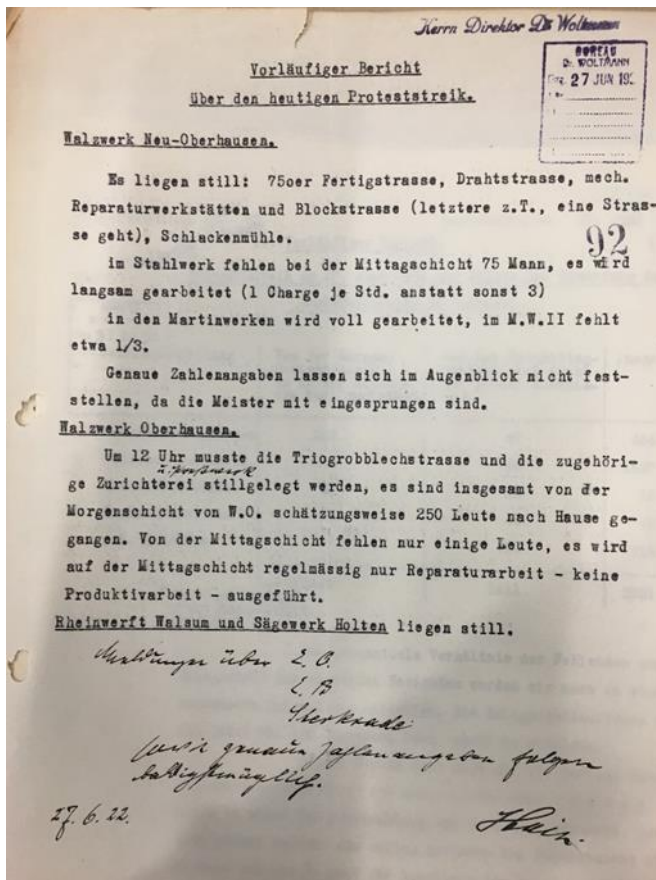


Abb.: RWVA

Der gegen den Streik gerichtete Aufruf des CMV (über die Haltung der Hirsch-Dunckerschen ist nichts bekannt) war auf der GHH wohl nicht ohne Wirkung geblieben, auch wenn die sozialdemokratische Volksstimme teilweise einen anderen Eindruck zu erwecken versuchte. Unklarheiten über den geplanten Verlauf der Aktion mögen zum verhältnismäßig schwachen Beginn am 27. auf der Frühschicht und dem – von Sterkrade abgesehen - Rückgang auf der Nachtschicht beigetragen haben. So hatte DMV-Sekretär Alfred Schatz gegenüber Vertretern der GHH die Ansicht vertreten, „dass nach seiner Ansicht dem vollen Anfahren der Nachtschicht nichts im Wege stände, da

³ . Eine präzise Einschätzung ist von heute aus schwierig, weil die absoluten Belegschaftszahlen für die einzelnen Betriebe fehlen und der Anteil der Streikenden an der Gesamtbelegschaft nicht ermittelt werden kann.

nach der Anweisung der Zentralorganisationen (gemeint waren DMV und ADGB - UB) sich die Arbeitsruhe nur auf den Nachmittag erstrecken solle.“ Diese Haltung teilten die Kollegen in Sterkrade und zu einem Teil auf Neu-Oberhausen wohl nicht. Oder sie waren anders informiert.

Dass die Mitglieder des CMV während der Arbeitsruhe weiterarbeiteten, führte bei den Streikenden zu einiger Erbitterung, die sich am 27. Juni auf einer Kundgebung in Sterkrade aber nur in „sehr aufhetzenden Reden gegen die GHH und ihre christliche Belegschaft“ entlud, wie es in einem internen GHH-Bericht hieß. Vorsorglich ließ hier die Werksleitung die Tore zum Betriebsgelände schließen und versicherte sich des polizeilichen Schutzes „im Falle eines Angriffs“, der jedoch ausblieb.

Außer ein paar Steinwürfen auf die Lokomotiven der Werksbahn, die die Brücke über die Steinbrinkstraße passierten - deren Mitarbeiter hatten sich dem Streik ebenfalls nicht angeschlossen -, verzeichnete die Werksleitung keine Übergriffe. Die Streikbeteiligung auf der GHH war wegen der Haltung des CMV also durchwachsen. Wenn die Aktion dennoch auch in Alt-Oberhausen und Sterkrade kein Misserfolg war, dann lag das offensichtlich an den Bergleuten. Die Zechen sollen in der Zeit des Streiks komplett stillgestanden haben. Auch die Beteiligung an den Kundgebungen des ADGB war durchweg beeindruckend. In Alt-Oberhausen versammelten sich 30.000 auf dem Neumarkt. In Sterkrade waren es laut Volksstimme immerhin noch 5-6.000, die die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung



Alfred Schatz, in den 20er Jahren DMV-Sekretär in Oberhausen (Abb: IGM MEO)

demonstrierten. Denn alle drei sozialistisch orientierten Parteien, SPD, USPD und KPD waren mit Rednern vertreten (in Alt-Oberhausen dazu ein Syndikalist, in Sterkrade aber auch ein Mitglied der bürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei). Sie beschworen – trotz der tiefgreifenden Gegensätze in vielen politischen Fragen - die Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion zur Abwehr der Reaktion. Die Sterkrader Kundgebung „klang in dem Bekenntnis aus, dass die deutsche Arbeiterschaft gewillt ist, für die Republik zu kämpfen und zu sterben“, hieß es in der Volksstimme. Sie sei „sehr eindrucksvoll und ruhig“ verlaufen.

Am 4. Juli kam es zu einer weiteren Streikaktion - wieder ohne Beteiligung des CMV - die jetzt der Unterstützung eines Gesetzes zum Schutz der Republik dienen sollte. Es befand sich gerade in der parlamentarischen Beratung und sah u. a. Strafverschärfungen für Verbrechen gegen den Staat und erweiterte Möglichkeiten zum Verbot republikfeindlicher Veranstaltungen und Publikationen vor.

Auch diesmal konnte von Geschlossenheit der GHH-Belegschaft – jedenfalls nach der Zählung der Direktion - nicht die Rede sein. Während im Walzwerk Oberhausen die

Walzenstraßen und Zurichtereien, die Räderfabrik und die Schlackenmühle stillstanden (nur die Blockstraßen hatten eingeschränktem Betrieb), arbeiteten auf Neu-Oberhausen das Thomasstahlwerk, die Martinwerke, die Drahtstraße und teilweise die Dreherei. Auch die Eisenhütte dürfte im Vollbetrieb geblieben sein.

Dennoch kam die Volksstimme für die Alt-Oberhausener Betriebe der GHH – vielleicht wieder etwas zu zweckoptimistisch – zu dem Schluss, bis auf Notstandsarbeiten seien die Betriebe in Alt-Oberhausen komplett stillgelegt gewesen.

Für Sterkrade meldete sie die Bildung eines Aktionsausschusses, „bestehend aus den drei sozialistischen Parteien und der Demokratischen Partei“, der die „Bestimmungen der Reichsregierung und das Tun und Lassen der Anhänger der Mörderzentrale“ überwachen solle. Irgendeine nachweisbare Aktivität hat der Ausschuss aber nicht entfaltet.

Streikbeteiligung auf der GHH am 4. Juli (Kernbetriebe)

	Eisenhütte Oberhausen		Walzwerk Oberhausen	Neu- Oberhausen	Abteilung Sterkrade
Frühsch.	17 %		70 %	23 %	16 %
Mittagsch.	16 %		22 %	30 %	21 %

Tumult in Sterkrade

Auch am 4. Juli fanden Kundgebungen statt. Die in Sterkrade endete diesmal nicht friedlich. Die Niederrheinischen Nachrichten berichteten tags darauf, es seien Ansprachen gehalten worden, „in denen zum Zusammenhalten des Proletariats und zur Erhaltung der Errungenschaften der Revolution aufgefordert wurde.“ Weiter hieß es: „Die Redner gaben ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass auch diesmal wieder ein Teil der Belegschaft der Gutehoffnungshütte die Arbeit nicht eingestellt habe und forderte die Versammlung auf, diese von der Arbeitsstätte herunterzuholen.“ Dann habe sich ein Demonstrationzug zum Tor 1 bewegt. Das Tor sei gewaltsam geöffnet worden, die Arbeiter seien „vom Werk geholt und die Betriebe stillgesetzt“ worden. Hierbei sei es zu einem Handgemenge mit einschreitender Schutzpolizei gekommen, „jedoch wurde nicht geschossen“.

Ein werksinterner Bericht gibt wieder eine etwas andere Darstellung. Danach habe ein Teil der Belegschaft um 2 Uhr nachmittags die Sterkrader Betriebe verlassen. Auf der Hüttenstraße sei es zu einer größeren Ansammlung von Belegschaften der Hamborner und Wehofer Zechen gekommen. Von dort sei dann eine Delegation in den Betrieb entsandt worden, die von den CMV-Mitgliedern die Einstellung der Arbeit verlangt habe. Andernfalls würde sie mit Gewalt erzwungen. Weiter führte der Berichterstatter aus: „Als ich dann kurz nach drei noch mit drei Vertretern verhandelte, brach die Menge ein und zog, trotzdem ich mit dem Hauptführer, der mich zuerst mehrmals bedrohte, noch verhandelte, mit roten

Fahren in den Maschinenbau, in den Brückenbau sowie in die Eisengießerei und erzwang dort die Stilllegung der Betriebe.“ Schätzungsweise sollen vier- bis fünfhundert Personen in die Hallen eingedrungen sein, „zum größten Teil noch ganz junge Leute. Das Ganze machte



Titel der Zeitung des DMV am 8. Juli 1922

einen fastnachtsartigen Eindruck, allerdings hätte der kleinste Zwischenfall genügt, um unangenehme Szenen hervorzurufen.“ Dem Anschein nach sei eine Anzahl von Arbeitern verprügelt worden, der Sachschaden sei aber nur ganz gering gewesen. Die ganze Angelegenheit habe 20 Minuten gedauert und sei schließlich von der Polizei

beendet worden, die nicht auf Widerstand gestoßen sei, schließt die Meldung an die GHH-Chefetage.

Die Volksstimme wiederum berichtete über einen Missklang, mit dem die Sterkrader Kundgebung geendet sei. Eine „Handvoll dummer Jungen“ habe „die Würde und den Ernst der Demonstration in den Dreck getreten.“ Die Redner der SPD und der USPD hätten zuvor auf der Kundgebung im Sinne des Aufrufs gesprochen. Aber der Redner der KPD hätte sich nicht an die Absprachen gehalten, sondern die Eintracht gestört „und die Massen mit seinen üblen Phrasen besoffen“ gemacht. Deshalb, so suggerierte die Volksstimme, sei es beim Vorbeimarsch des Demonstrationzugs am GHH-Gelände zu Zusammenstößen gekommen.



Titel der Zeitung des CMV am 8. Juli 1922

Im Rückblick lässt sich nicht mehr aufklären, was genau in Sterkrade geschehen war, wer sich an den Ereignissen beteiligt hatte und wer für sie verantwortlich war. Unübersehbar ist aber der tiefe Graben, der die

Anhängerschaft von CMV und DMV in Alt-Oberhausen und Sterkrade trennte, wenn es um politische Fragen ging, auch wenn man bei tarifpolitischen und innerbetrieblichen Themen zusammenarbeitete (dazu später mehr). Für die Zukunft verhieß das nichts Gutes. Es war vor allem der Sekretär des Oberhausener CMV Ernst Kaufmann, zugleich Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Oberhausen, des Dachverbandes der christlichen Gewerkschaften, an dem sich die sozialdemokratische Presse in den folgenden Wochen in

der Absicht abarbeitete, christlich orientierte Arbeiter für die freien Gewerkschaften, also in Oberhausen vor allem für den DMV zu gewinnen.

Die Tatsache, dass Kaufmann für die großbürgerlich-industrielle Deutsche Volkspartei im Alt-Oberhausener Stadtrat saß, wurde dabei besonders hervorgehoben. Denn damit war er Fraktionskollege von Paul Reusch, ebenfalls Stadtrat und DVP-Mitglied. Natürlich ließ es sich die Volksstimme nicht nehmen, mit beißender Ironie auszumalen, wie Kaufmann „gemeinsam mit dem Herren Kommerzienrat Dr. Reusch und [Reuschs Stellvertreter - UB] Dr. Woltmann von der Gutehoffnungshütte intensiv Arbeiterinteressen vertritt.“ Tatsächlich scheinen auch die anderen, im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen christlichen Gewerkschaften mit der politischen Rolle Kaufmanns nicht glücklich gewesen zu sein, der etwa Ende Juni 1922 im Namen des DGB zusammen mit nationalistischen Verbänden zu einer Kundgebung gehen die „Schuldlüge von Versailles“ aufgerufen hatte. Die Mitgliedsorganisationen des DGB distanzieren sich, allerdings mit Ausnahme des CMV. Die Volksstimme fragte rhetorisch: „Christliche Metallarbeiter! Herrscht bei Euch die Diktatur eines Einzelnen? (...) Wenn ja, dann ist Euch nicht zu helfen. Ihr seid ja politisch neutral, d. h. jeder politische Hanswurst kann Euren Namen missbrauchen, ohne dass Ihr protestiert.“

Nicht nur im Verhältnis zwischen DMV und CMV, sondern auch auf der GHH hatte der Streik am 4. Juli 1922 ein Nachspiel. Offiziell äußerte sich der Konzern zum Mord an Rathenau nicht. Auch Paul Reusch schwieg, obwohl Rathenau wie er Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Werft gewesen war. Zähneknirschend nahm man die Arbeitsniederlegungen hin, zumal auch der Arbeitgeberverband empfohlen hatte, von Maßregelungen Abstand zu nehmen. Es muss dem macht- und konfrontationsgewohnten Management die Zurückhaltung sehr schwergefallen sein. Als auf der Nachtschicht vom 27. auf den 28. Juni die Maschinisten der Oberhausener Blockstraßen und des Thomaswerks sich in einer spontanen Abstimmung für die Fortsetzung des Streiks aussprachen, das Werk verließen und dadurch die Stilllegung der Anlagen herbeiführten, sah der zuständige Betriebsdirektor die Gelegenheit gekommen, doch zuzuschlagen. Drei als Rädelsführer identifizierte Kollegen wurden wegen Organisation eines wilden Streiks entlassen, alle übrigen sollten



DMV-Stempel und Unterschrift von Alfred Schatz (Abb.: IGM MEO)

Schadenersatz leisten.

DMV und Betriebsrat protestierten. Es habe bei den Kollegen Unklarheiten über die Dauer der Arbeitsruhe gegeben, weil nicht alle rechtzeitig über das planmäßige Ende hätten informiert werden können, argumentierten sie in einer Sitzung des Arbeiterrats gegenüber den GHH-Direktoren. Scharf reagierten sie auf die Ankündigung des

Betriebsdirektors, wegen der Aktion der Maschinisten spätere Lohnforderungen abzulehnen. Dann werde „bald die ganze GHH still liegen“, meinte der Vorsitzende des Arbeiterrats Beisenbruch vom DMV trocken. Weitere Arbeitsniederlegungen wollte das Unternehmen dann doch nicht riskieren und einigte sich mit den Vertretern der Belegschaft darauf, die entlassenen Kollegen wieder einzustellen, den Maschinisten aber zugunsten der Betriebskrankenkasse eine Schicht vom Lohn abzuziehen

Scharfmacher auf Arbeitgeberseite

Aber das Management war mit der selbstaufgelegten Zurückhaltung alles andere als zufrieden und überlegte, wie man wieder in die Offensive kommen könne. In internen Diskussionen schlug der bereits erwähnte Betriebsdirektor Schmidt vor, in Abstimmung mit den anderen Arbeitgebern des Tarifbezirks im Betrieb bekanntzumachen, dass künftig „jeder Arbeiter, der die Arbeit niederlege, fristlos entlassen werde.“ Direktor Holz, dem Betriebsdirektor übergeordnet, hielt das aber „in Rücksicht auf die derzeitige politische Lage für untunlich.“ Er schlug unter Zustimmung von Direktor Woltmann vor, „zunächst den Dingen ihren Lauf zu lassen und die weitere Entwicklung abzuwarten.“



Als besonderer Scharfmacher tat sich in den internen Debatten des GHH-Managements ein Herr von Gilsa hervor, ehemaliger hoher Generalstabsoffizier und zeitweilig Adjutant des Reichswehrministers Noske, im Konzern für Arbeiterangelegenheiten zuständig und später Lobbyist der GHH in Berlin. Er kritisierte die Sterkrader Polizei und Stadtverwaltung, wegen deren Unfähigkeit und schwächlicher Haltung. Bei den Unruhen am 4. Juli habe der angeforderte Schutz völlig versagt. „Dadurch verlören die christlichen Gewerkschaften natürlich auch das Vertrauen zu uns, das Verhalten der Sozialisten, insbesondere der Kommunisten würde immer dreister und die nächste Folge sei ein Übergreifen dieser Zustände auf (Alt-)Oberhausen.“ Besonderes Ziel seines Hasses war dabei der Kommunist Bludau, der auf der Kundgebung am 4. Juli in Sterkrade gesprochen und dabei angeblich zum Sturm auf das Werksgelände aufgerufen hatte. Von Gilsa bezeichnete es als einen ungeheuren Zustand, „dass wir uns von Bludau dies alles gefallen lassen müssten und nicht in der Lage wären, unsere arbeitswilligen Belegschaften richtig in Schutz zu nehmen.“ Wie er, wenn er nur gekonnt hätte, mit Bludau umgesprungen wäre, offenbarte er ganz ungeniert in einem Bericht an Woltmann über ein Gespräch mit dem Sterkrader Oberbürgermeister Heuser, der gemeint hatte, die GHH hätte Bludau durch Unterbringung auf irgendeinem Posten „unschädlich machen“ sollen: „Persönlich bin ich allerdings der Ansicht, dass es besser gewesen wäre, Bludau damals in irgendeinem Bergwerk verschwinden zu lassen.“

Vorerst drang von Gilsa auch mit Vorschlägen, die sich im Rahmen der Legalität bewegten, nicht durch. Sein Antrag an die GHH-Direktion, nicht nur gegen Bludau, sondern wegen ihres angeblichen Versagens auch gegen die Schutzpolizei und die Stadtverwaltung vorzugehen (gemeint waren wohl juristische Schritte), wurde – wie bereits ausgeführt - wegen der allgemeinen politischen Lage für nicht opportun gehalten und verworfen. Lediglich einer seiner Vorschläge, die Einrichtung eines betrieblichen Nachrichtendienstes, der die Direktion über alle wichtigen Vorkommnisse – insbesondere Arbeiterausstände und Unruhen - unterrichten sollte, wurde umgesetzt.

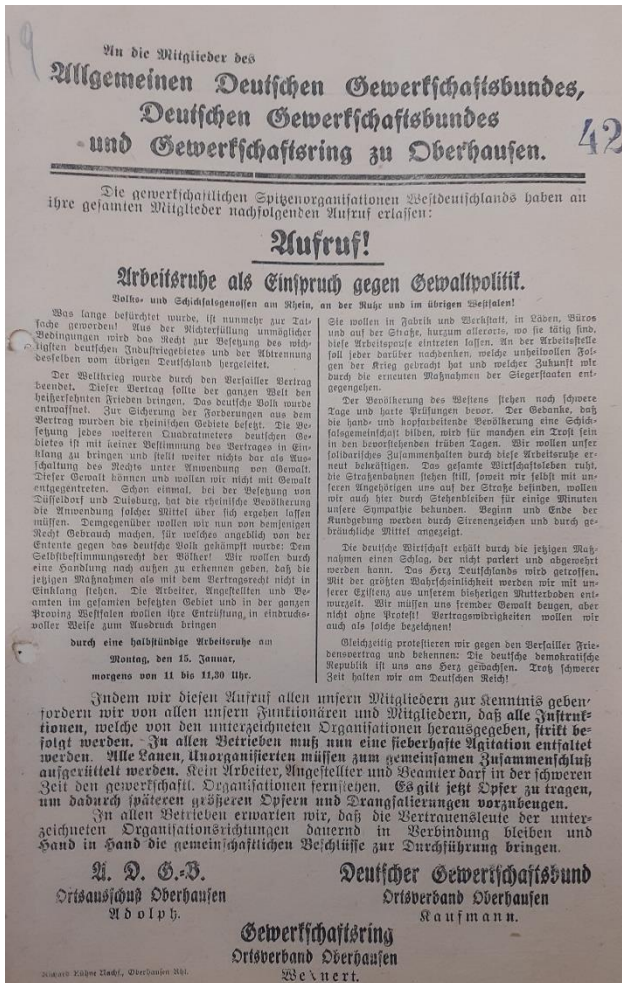
Es dauerte noch etwas mehr als elf Jahre, bis die Methoden, die von Gilsa schon 1922 bevorzugt hätte, im Zeichen des Hakenkreuzes wieder üblich wurden.

4.1.2 Ruhrbesetzung 1923

Keine sechs Monate nach dem Mord an Außenminister Rathenau erschütterte die Besetzung des Ruhrgebiets durch die ehemaligen Kriegsgegner die Region und die gesamte Republik. Am 11. Januar 1923 marschierten belgische und französische Truppen auch in Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld ein.

Anlass oder Vorwand waren Rückstände bei den Lieferungen von u. a. Kohle an Frankreich und Belgien, zu denen das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag verpflichtet war. Sie sollten jetzt mit militärischer Gewalt und durch Beschlagnahme von Anlagen, Vorräten und Erzeugnissen der Ruhrindustrie als sogenannte produktive Pfänder eingetrieben werden. Die Reichsregierung rief dagegen zum passiven Widerstand auf. Behörden, Unternehmen und Bevölkerung sollten jede Zusammenarbeit mit der Besetzung gewaltfrei verweigern. Im Gegenzug sicherte der Staat den Ausgleich der durch die Aktion verursachten finanziellen Schäden zu. Die drei Gewerkschaftsbünde riefen als Zeichen des Protests die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes zu einer halbstündigen „Arbeitsruhe als Einspruch gegen die Gewaltpolitik“ auf. In einem von der sozialistischen, der christlichen und der liberalen Strömung der Gewerkschaftsbewegung in Alt-Oberhausen unterzeichneten Flugblatt wurde vor allem die Solidarität von Arbeitern und Angestellten betont: „Der Gedanke, dass die hand- und kopfarbeitende Bevölkerung eine Schicksalsgemeinschaft bilden, wird für manchen ein Trost sein in den bevorstehenden trüben Tagen. Wir wollen unser solidarisches Zusammenhalten durch diese Arbeitsruhe erneut bekräftigen.“ Weiter hieß es recht defensiv: „Die deutsche Wirtschaft erhält durch die jetzigen Maßnahmen einen Schlag, der nicht pariert und abgewehrt werden kann. Das Herz Deutschlands wird getroffen. Mit der größten Wahrscheinlichkeit werden wir mit unserer Existenz aus unserem bisherigen Mutterboden entwurzelt. Wir müssen uns fremder Gewalt beugen, aber nicht ohne Protest.“

Angefügt war ein Bekenntnis zur „deutsche(n) demokratischen Republik, die (uns) ans Herz gewachsen (ist).“

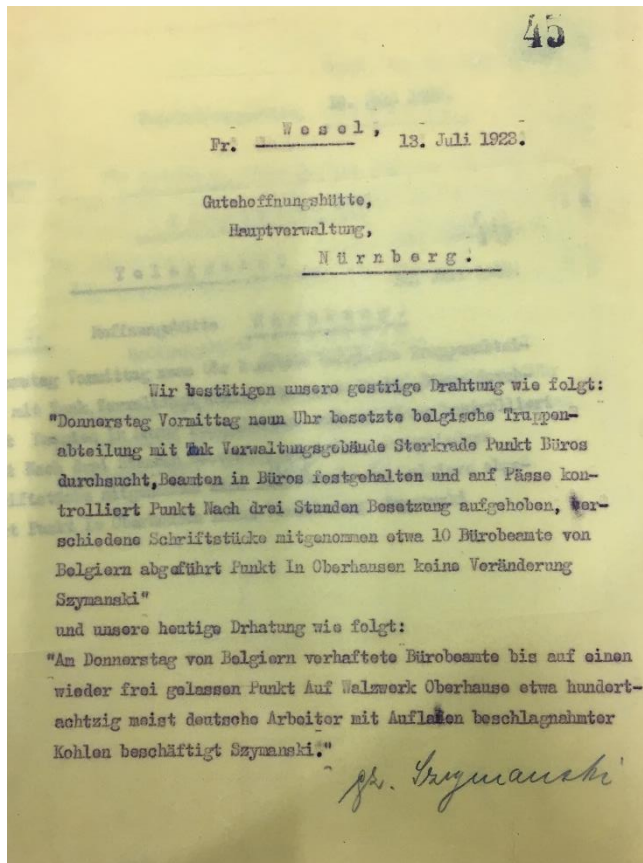


(Abb.: RWWA)

Obwohl DMV, CMV und HD diesmal gemeinsam handelten und die Aktion eher symbolischen Charakter hatte, scheint das Echo in den Betrieben nicht durchgängig gut gewesen zu sein. Zumindest für die GHH lässt sich das anhand der überlieferten Dokumente feststellen. Vollständig ruhte die Arbeit im Walzwerk Oberhausen, in den Stahlwerken, in der Schlackenmühle, der Drahtstraße und der Zureicherei, im Eisenbahnbetrieb, in den Oberhausener Werkstätten und in der Abteilung Sterkrade. Aber lediglich 10 bis 15 Minuten stand Betrieb im Martinwerk und an der Grubenschienenstraße. Der Hochofenbetrieb und die schwere Walzenstraße arbeiteten durchgehend weiter.

Die Gewerkschaften verlieren die Kontrolle

Die Besetzung des Ruhrgebiets schnitt tief in die betrieblichen Abläufe der GHH ein, über die wir – im Unterschied zu den anderen Oberhausener Stahl- und Metallunternehmen - auch für diese Zeit gut informiert sind. Arbeiteten vor der Ruhrbesetzung sechs Hochöfen, so musste ab März ein Ofen nach dem anderen wegen Koks- und Erzmangel heruntergefahren werden. Im Mai wurde nur noch ein Ofen beschickt, der am 20. Juli ebenfalls die Roheisenproduktion einstellte. Auch alle anderen Oberhausener GHH-Betriebe lagen ab Ende Juli still, nachdem französische Truppen die Vorräte an Brennstoffen und Halbfabrikaten beschlagnahmt hatten. Nur die Abteilung Sterkrade konnte noch eine Weile eingeschränkt produzieren.



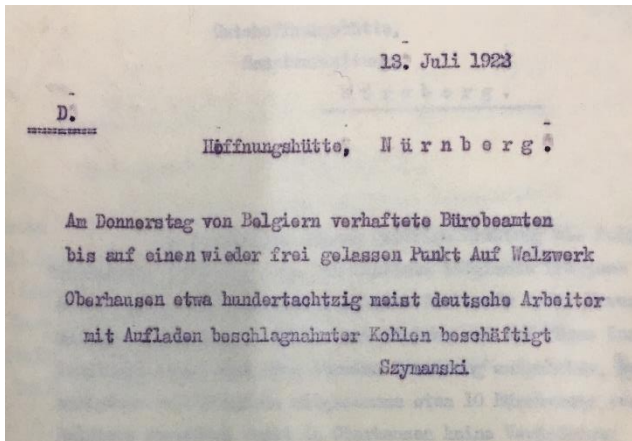
(Abb.: RWWA)

so waren es im Juni 110.000 Mark, im August 4.620.000 Mark, im Oktober zweieinhalb Milliarden und im November 1923 mehr als 2 Billionen Mark. Die Gewerkschaften konnten bei der GHH zunächst drei Lohnanpassungen und Auszahlungen im Monat durchsetzen, die im August von wöchentlichen und später von zweiwöchentlichen Verhandlungen und Lohnzahlungen abgelöst wurden. Ab August gab die GHH zudem eigene Geldscheine aus, weil Banknoten nicht mehr in der Masse beschafft werden konnten, wie es die exponentiell wachsende Lohnsumme verlangte.

Mit der rasenden Geldentwertung hielten all diese Maßnahmen nicht Schritt. Selbst wer noch in Arbeit war, wusste schließlich nicht mehr, wie er mit dem Lohn, den er morgens erhielt, seine Familie abends satt bekommen sollte. In den Arbeiterhaushalten nahmen Hunger und Verzweiflung zu. Daran zerschellten auch die Träume reaktionärer Kreise, die einer klassenübergreifenden nationalistischen Einheit gegen den „Erzfeind Frankreich“ das Wort redeten. Der in dieser Beziehung einschlägige Generalanzeiger sprach noch im April 1923 von „straffe(r), vaterländische(r) Disziplin“ der Arbeiterschaft und malte ein Bild von in den Gefängnissen einträchtig beieinandersitzenden Arbeitern und Vertretern von Kapital und Bürgertum. Wenn daran jemals etwas gewesen sein sollte, dann war es damit in Oberhausen spätestens im Sommer vorbei. Denn ab Mitte Juli entluden sich die sozialen Spannungen in heftigen Konfrontationen zwischen der Arbeiterbelegschaft der GHH und der Werksleitung bzw. der Polizei.

Die Belegschaften der GHH-Betriebe wurden zunächst mit Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten, schließlich mit Notstandsarbeiten auf Kosten der Staatskasse weiterbeschäftigt. Ende Oktober wurden dann fast alle Arbeiter der GHH bei formeller Weitergeltung des Arbeitsvertrages an die städtische Erwerbslosenfürsorge verwiesen. Das hätte bereits zu normalen Zeiten den Absturz ins Elend bedeutet. Aber die Zeiten waren nicht normal. Die Inflation, deren Anfänge in den Kriegsjahren lagen, hatte angesichts der wegen des passiven Widerstandes immer schneller rotierenden Notenpresse astronomische Dimensionen angenommen. Kostete am 10. Januar 1923 ein Dollar 10.000 Mark,

Seit Anfang des Monats wurden die verschiedenen Unternehmensteile des Konzerns von im Werksinnern postierten französischen und belgischen Truppen kontrolliert. Als Reaktion darauf legten die GHH-Beamten vom 2. bis 6. Juli die Arbeit nieder. Auch im gewerblichen Bereich ruhte die Arbeit, ob als politische Demonstration oder aus Mangel an Arbeitsmaterial



(Abb.: RWWA)

oder wegen einer Mischung beider Gründe, ist unklar. Sie wurde am 9. Juli nur teilweise wieder aufgenommen. Mitte Juli spitzte sich die Lage zu, als - möglicherweise spontan aus der Belegschaft heraus - die Zahlung eines Vorschusses von drei Millionen Mark verlangt wurde. Vereinbart war lediglich ein Abschlag von 500.000 Mark zum 31. Juli, bzw. von 600.000 für Akkordarbeiter über 21 Jahre und ein weiterer Abschlag von

einer Million bzw. 1,1 Millionen zum 2. August. Diese Forderung wurde allerdings nicht von den Gewerkschaften, sondern von einem in den Akten der GHH als „wilde Kommission von 16 Leuten“ bezeichneten Gremium vertreten, mit dem zu sprechen die GHH ablehnte. Überhaupt war man dort der Auffassung, – wohl, um sich selbst aus der Schusslinie zu bringen - dass Forderungen dieser Art überbetrieblich zu verhandeln seien. Sie konferierte stattdessen mit dem Arbeiter- bzw. Betriebsrat⁴, der aber seinerseits keine Kontrolle mehr über die Belegschaft zu haben schien. Auf den Baustellen, auf denen GHH-Kollegen bei Notstandsarbeiten tätig waren, formierten sich spontane Demonstrationzüge zur Hauptverwaltung. Ihnen stellten sich Mitglieder des Arbeiterrates vergeblich entgegen, wie ein Bericht festhält: „Es waren 2 Betriebsratsmitglieder draußen, die erklärten, dass der Betriebsrat mit der Demonstration nichts zu tun habe. Sie ermahnten die Leute zur Arbeit, aber erfolglos. Die Leute sind nach Oberhausen abmarschiert.“ Bei einer Abstimmung der vor der Hauptverwaltung der GHH versammelten Arbeiter wurde der Arbeiterrat mit allen gegen vier Stimmen für unzuständig erklärt. Man verlangte stattdessen „Verhandlung mit den Funktionären“. Ob darunter Verhandlung der Gewerkschaftsfunktionäre mit dem Arbeitgeber oder Verhandlung der gewerkschaftlichen Funktionsträger mit den Arbeitern zu verstehen waren, ist unklar. Das Misstrauen der Arbeiterbelegschaft gegenüber den Mandatsträgern ist aber so oder so unübersehbar.

⁴ Nach dem Betriebsrätegesetz von 1920 bestand der Betriebsrat aus einem Arbeiter- und einem Angestelltenrat. Beide Gremien tagten meist getrennt und kamen nur zu bestimmten Fragen als Betriebsrat zusammen. Näheres dazu im Teil 4.2.

Waren organisierte syndikalistische, linksradikale Kräfte maßgeblich an diesen Ereignissen beteiligt, die beispielsweise bei Thyssen in Hamborn eine größere Rolle spielten? Tatsächlich fand am 15. Juli eine von den Syndikalisten einberufene Versammlung im Oberhausener Apollo-Theater statt⁵. Nach den GHH-Akten hatte sie immerhin 500 Teilnehmer. Ihre zentrale Forderung lautete: „Wir verlangen wertbeständige Löhne, aber nicht nach dem heutigen Stande, sondern nach dem von 1914.“ Dort wurde massive Kritik am Betriebsrat geübt und namentlich auch an den lokalen Gewerkschaftsführern Franzen vom CMV und Schatz vom DMV. Letztere hätten sich das Recht angemaßt, „in Gemeinschaft mit 2 Herren der Direktion namens der Arbeiterschaft mit der Besatzung zu verhandeln. Ein Betriebsrat sei kaum noch vorhanden und für die Arbeiter nicht mehr zu sprechen.“ Die Verbände würden „alles ohne Zustimmung der Arbeiter annehmen.“ Den Gewerkschaften wurde Feigheit vorgeworfen. Während des Krieges hätten sie es fertiggebracht, „ihre Mitmenschen zu erschießen“, hieß es in Anspielung auf die Burgfrieden-Politik der Kriegsjahre. Jetzt brächten sie aber nicht einmal den Mut auf, für sich selbst und ihre Nachkommen einzutreten. Sicherlich reflektierten solche Aussagen auch Stimmungen in den Belegschaften. Ausdruck eines dauerhaft gefestigten politischen Einflusses der Syndikalisten, waren sie aber nicht.⁶ Doch dass die großen Gewerkschaften zweitweise keinen entscheidenden Einfluss auf die Ereignisse hatten, wurde spätestens in den nächsten Tagen deutlich.

Am 28. Juli kam es erneut zu Demonstrationen, nachdem sich der Oberhausener Industrieverband (Indo – ein Zusammenschluss Oberhausener Arbeitgeber) ebenfalls gegen einen Vorschuss gestellt hatte. Die andauernde Weigerung der GHH, Verhandlungen aufzunehmen, heizte die explosive Atmosphäre weiter an.

Am 30. Juli versammelten sich dann morgens die GHH-Belegschaften auf der Essener Straße. Dort wurde zunächst über den Vorschuss debattiert. Ein Arbeiter namens Sandgathe forderte zur Ruhe auf. Fünf Millionen wären auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. „Wir könnten davon einen Tag leben und hätten am nächsten Tag wieder das graue Elend im Nacken sitzen.“ Es sei nötiger, „wirtschaftlich sichergestellt zu werden.“ Was das aber konkret bedeuten sollte, blieb offen und Sandgathes Einwurf überzeugte die Kollegen nicht. Die Forderung wurde von der Versammlung jedenfalls beschlossen, wenn auch mit der Einschränkung, der Vorschuss solle in dieser Höhe nur für verheiratete Arbeiter gelten. Außerdem bestimmte die Versammlung eine Vertretung, die anscheinend Verhandlungen mit der Direktion erzwingen sollte.

⁵ Das Apollo-Theater befand sich auf der Marktstraße.

⁶ So die Ergebnisse der Betriebsratswahlen, die zwar 1924 einen Zuwachs für die Syndikalisten bringen, in den Folgejahren aber einen kontinuierlichen Rückgang bis Bedeutungslosigkeit zeigen. Auch dazu mehr im Teil 4.2.

Daraufhin marschierten die Arbeiter „von allen Seiten kommend“, wie der Berichterstatter der GHH-Werksleitung notierte, zur Hauptverwaltung, „öffneten gewaltsam das Tor und drangen in den Hof ein.“ Aber die Demonstration lief ins Leere, weil auf Anweisung der Konzernspitze Beamte und Mitglieder des Direktoriums das Weite gesucht hatten. Da die Unternehmensleitung nicht greifbar war, begab sich die Vertretung der Arbeiter ins Betriebsratsbüro, um dort mit den Mitgliedern des Arbeiter- und des Angestelltenrats über das Begehren der morgendlichen Versammlung zu beraten. Der Vorschuss hieß nun allgemeiner „Wirtschaftshilfe in zu vereinbarenden Höhe“. Weitere Forderungen waren hinzugekommen, nämlich: Jeden Freitag Lohnauszahlung, Auflösung der Werkspolizei und humanere Behandlung durch die leitenden Angestellten.

Dem Betriebsrat gelang es offensichtlich nicht, beruhigend auf die Demonstranten und ihre Vertretung einzuwirken. Die in der Menge kursierende Idee, geschlossen zur Beamtenkolonie Grafenbusch⁷ zu ziehen, um dort die Direktoren zu stellen und zu Verhandlungen zu zwingen, gelangte aber nicht zur Ausführung. Stattdessen begab sich die Vertretung (oder Kommission, wie sie in den Berichten auch genannt wird) dorthin und traf tatsächlich auf Direktor Holz. Der lehnte die Forderungen ab und verwies darauf, dass Verhandlungen nur mit dem ganzen Betriebsrat möglich seien, was die Kommission wohl ausreichend beeindruckte. Sie zog jedenfalls ohne greifbares Ergebnis wieder ab.⁸

In der anschließenden Belegschaftsversammlung scheint Ratlosigkeit geherrscht zu haben. Der Ruf nach Ruhe und Ordnung erhielt nun mehr Gehör. Über die Frage, ob die Arbeit vor Verhandlungen oder erst nach deren Abschluss wieder aufgenommen werden sollte, wurde nicht abgestimmt. Fast widerspruchslos entschied man aber, dass das Verhandlungsergebnis nicht in den einzelnen Betrieben bekanntgegeben werden sollte, was eine gemeinsame Bewertung und gegebenenfalls auch eine gemeinsame Reaktion erschwert hätte, sondern vor der Hauptverwaltung.

„Schießt doch, Ihr Bluthunde“

Am 31. Juli beschloss dann eine Konferenz der Betriebsleiter der GHH, Öl in das bereits lodende Feuer zu gießen und als Disziplinarmaßnahme 150 Arbeiter zu entlassen. Die Folge war eine verhängnisvolle Eskalation.

⁷ Grafenbusch ist die heute noch bestehende ehemalige GHH-Siedlung gegenüber dem Schloss Oberhausen.

⁸ Zeitgenössische Zeitungsberichte und auch spätere Darstellungen ließen nicht unerwähnt, dass einige Arbeiter in der Beamtenkolonie Kohlrabi und Blumenkohlköpfe, Möhren und Gurken stahlen, dazu diverse Kleidungsstücke, Werkzeug und Fahrradzubehör, während die Kommission sich dort aufhielt. Teils diente die Darstellung dazu, die Aktion in ein schlechtes Licht zu rücken, teils als kurioses Detail. Tatsächlich ist sie wohl als Ausdruck der Not Arbeiter zu werten.

Arbeiterrat und „wilde Kommission“ forderten einen Tag später die Werksleitung einmal mehr zu Verhandlungen auf und verlangten die Rücknahme der Entlassungen sowie die Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe. Für den Fall, dass dem nicht bis 10 Uhr stattgegeben werde, drohte man mit einem weiteren Demonstrationzug. Direktor Crull versuchte, Zeit zu gewinnen und erklärte die Direktion für derzeit nicht erreichbar. Man sei ohnehin nur dann zu Gesprächen bereit, wenn die Belegschaft vorher die Arbeit wieder aufgenommen habe, werde auch nur mit dem Arbeiterrat reden, nicht aber mit der Kommission. Unter keinen Umständen werde man die Entlassenen wieder einstellen. Die Belegschaft reagierte mit einem Marsch, der sich vom Walzwerk Neu-Oberhausen über die Essener Straße in Richtung Rathaus bewegte, wo eine Kundgebung abgehalten werden sollte.



Ruhrwacht 2.8.1923

Am GHH-Bahnübergang am Schlackenberg⁹ war die Straße von ca. 20 Mann Schutzpolizei gesperrt. Ein Oberwachtmeister erklärte, er dürfe die Demonstration

nicht durchlassen. Man habe Befehl von den Franzosen, zu schießen, falls die Menge nicht zurückgehe. Dennoch rückte die Menge schrittweise vor. Weiter heißt es in einem internen Dokument der GHH: „Die vordersten Arbeiter gingen auf die Polizei, teilweise mit entblößter Brust, zu und riefen: ‚Schießt doch, Ihr Bluthunde, Ihr Verräter.‘ Die Polizei sah sich angeblich in Bedrängnis und gab eine Anzahl Schüsse in die Luft ab. Der hintere Teil des Zuges machte kehrt. Die Vordersten drangen weiter vor; darauf schoss die Polizei in die Menge hinein.“ Zehn Arbeiter wurden von den Schüssen getroffen, drei davon so schwer, dass sie ihren Verletzungen erlagen. Die Menge zog sich in die Betriebe zurück. Weitere Zusammenstöße von Polizei und Arbeitern blieben aus.

Die Stadt scheint danach unter Schock gestanden zu haben. Auch die GHH blieb nicht unbeeindruckt. Sie deutete jetzt die Möglichkeit an, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen und sagte die Zahlung eines Vorschusses in Höhe von drei Millionen Mark für Verheiratete und zweieinhalb Millionen für Ledige zu. Gesichtswahrend behielt sie aber die fristlose Entlassung von „Rädelsführern und Hetzern“ vor. Die Belegschaft nahm die Arbeit wieder auf.

GHH-Direktion hinter roten Fahnen

Die Beisetzung der drei Todesopfer auf dem Liricher Friedhof am 8. August bot ein imposantes Bild. Der Oberhausener Generalanzeigers berichtete von zehntausenden, die den Särgen bis zu den Gräbern folgten: „Schon eine halbe Stunde vorher setzte eine wahre

⁹ Vermutlich ungefähr auf Höhe des Wasserturms an der Kreuzung Duisburger/Essener und Mülheimer Straße.

Völkerwanderung ein, aus allen Stadtteilen zogen nicht bloß Zugteilnehmer in Trauerkleidung zum St. Josephshospital, von wo aus der Leichenzug ausgehen sollte, sondern auch Zuschauer, Männer, Frauen und Kinder, zu den Straßen, die der Leichenzug passieren sollte. Diese gewaltig-große Anteilnahme der Bevölkerung machte die Trauerkundgebung zu einer Demonstration von bisher in Oberhausen nicht erlebtem Umfang.“

Sie bot aber auch ein seltsames Bild. Dem Zug voran marschierte die Hüttenkapelle, Trauerweisen spielend. Dahinter wurden Kränze und Blumenarrangements getragen, „geschmackvoll und nicht minder kostspielig“, wie der Generalanzeiger vermerkte. Dahinter kamen „40 Fahnendeputationen (...), ausschließlich Sowjetfahnen“, worunter wohl die traditionellen roten Fahnen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu verstehen sind. Danach dann ein gewerkschaftlicher Gesangverein, an den sich die drei Leichenwagen anschlossen, hinter denen die Angehörigen der Toten sowie Verwandte, Freunde und Nachbarn schritten. Dass sich daran „in schier endlosem, unübersehbarem Zuge die Arbeiterschaft der GHH“ anschloss, versteht sich. Waren es doch Kollegen, die hier zu Grabe getragen wurden. Doch der Generalanzeiger vermerkt auch, dass sich an der Spitze der GHH-Belegschaft „Vertreter der Direktion“ und „die Leiter der einzelnen Abteilungen an der Spitze der verschiedenen Werksarbeitergruppen“ befanden.

Das Motiv der GHH-Führung lässt sich leicht denken. Offensichtlich wollte man die Mitverantwortung an dem tödlichen Ereignis vom 1. August durch demonstrativ zur Schau gestellte Trauer vergessen machen, selbst um den Preis, hinter der verhassten roten Fahne herlaufen zu müssen. Und mitverantwortlich war man, wenn auch bei den Schüssen der Schutzpolizisten möglicherweise ein französischer Schießbefehl eine Rolle gespielt haben mag. Mitverantwortung durch Weigerung, dem Elend der Belegschaft mit einem angemessenen Vorschuss auf den Lohn Rechnung zu tragen, sowie durch die provozierende Entlassung von 150 Arbeitern. Irritierend bleibt aber, dass Gewerkschaften und Betriebsrat es den Provokateuren gestatteten, auf solche Weise Krokodilstränen zu vergießen. Der Trauerzug wurde so zur Demonstration einer Einheit von Belegschaft und Unternehmen, die in der Wirklichkeit längst vielfach widerlegt worden war und auch in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder neu widerlegt wurde.

Die GHH hatte natürlich ihre eigene Lesart der Ereignisse. Für sie war es nicht die eigene arrogante Ignoranz gegenüber dem Arbeiterelend, die zu der tödlichen Konfrontation geführt hatte. Verantwortlich waren in ihrer Version linksradikale „Syndikalisten und Unionisten, denen es gelungen war, die sprunghaft steigende Teuerung und die dadurch hervorgerufene Erregung der Arbeiterschaft zu politischer Stimmungsmache und Demonstrationen auszunutzen“, wie es in einem vermutlich von Scharfmacher v. Gilsa verfassten Bericht an Reuschs Stellvertreter Woltmann hieß. Inzwischen sei die Belegschaft in den Oberhausener

Hüttenwerken aber wieder zu regelmäßiger Arbeit zurückgekehrt. Die Leistung stehe zwar noch unter dem Einfluss der allgemeinen unruhigen Stimmung, sei in Anbetracht der Verhältnisse aber befriedigend. Auch ein Streik im Sterkrader Maschinenbau und in der Kesselschmiede am 10. und 11. August wegen beschleunigter größerer Zahlungen sei durch eine in Aussicht gestellte Abschlagszahlung beigelegt worden. Abschließend heißt es mit durchaus zufriedennem Unterton: „Politische Strömungen sind bei der Belegschaft der Hüttenwerke zurzeit nicht bemerkbar; der Arbeiterrat ist wieder allgemein anerkannt. Bei der Beerdigung der 3 Opfer der Demonstration vom 1. 8. sind an den Gräbern kommunistische Hetzreden gehalten worden, aber wirkungslos geblieben.“

Tatsächlich kam es in den folgenden Monaten bei der GHH nur noch vereinzelt zu Konflikten. So forderten beispielsweise 70 Bewohner eines Ledigenheimes der Hütte am 12. Oktober einen „Vorschuss in Gestalt eines Brotes und eines halben Pfundes Speck oder Margarine“. Das kurios anmutende Begehren hatte einen Hintergrund, der die Dramatik der Lage der Arbeiterschaft einmal mehr unterstrich. Die Kollegen erhielten zwar im Ledigenheim ein Mittagessen. Für Frühstück und Abendbrot mussten sie aber selbst sorgen. Dass der Lohn dafür nach Abzug der Kosten für das Heim nicht mehr reichte, war ein Aspekt des Problems. Hinzu kam, dass die Ledigen meist niemanden hatten, der den ausgezahlten Lohn für sie so rasch wie möglich in den Geschäften in Lebensmittel umsetzen konnte, während sie auf der Arbeit waren. Nach Schichtende war ein bedeutender Teil des realen Wertes der Milliardensummen aber bereits der Inflation anheimgefallen. Die Bewohner des Ledigenheims verliehen ihrer Forderung durch Eindrücken des Tors zur Hauptverwaltung Gewicht. Die Polizei lag in Bereitschaft, schritt aber nicht ein. „Ausnahmsweise“ wurde die Forderung „auf Borg“, wie es in den Akten heißt, bewilligt und „mit dem nächsten Lohn zu den gültigen Preisen“ verrechnet.

Einen Tag später marschierten an die 500 beim Bahnbau beschäftigte Arbeiter über die Münsterstraße¹⁰ zum Tor 1 der Abteilung Sterkrade, drangen gewaltsam in die Werkstätten ein und erzwangen durch Abschalten der elektrischen Anlagen und Motoren sowie durch Stilllegung der Luftzentrale die Einstellung der Arbeit. Unter ihnen sollen sich überwiegend Jugendliche und jüngere Arbeiter befunden haben. Gegen Mittag schaffte es das GHH-Management, die Hauptmasse der Besetzer durch Vorziehen der Löhnung abzulenken. Die Beschäftigten des Maschinenbaus sollen in den Werkstätten geblieben sein und sich – so der GHH-Berichterstatter - nur „widerwillig der Gewalt gefügt“ haben.

Am 6. November wurde dann morgens um 8.30 Uhr die Verkaufsanstalt der GHH bei der Zeche Jakobi in Osterfeld zum Ziel „einer größeren Menge junger Menschen“. Die Verwaltung der VA meldete den „Raub“ von 3 Zentnern Margarine, 2 Zentnern Schmalz, 5 Zentnern Mehl und 3 Zentnern Zucker. Doch „bei Eintreffen der Polizei war von den

¹⁰ Die heutige Dorstener Straße.

Eindringlingen niemand mehr da.“ Der Verdacht fiel auf die Mieter eines weiteren Ledigenheimes. Kaum war die Polizei abgerückt, wurde der Laden gegen 11 Uhr erneut geplündert. Diesmal verschwanden 20 Pfund Schmalz und eine halbe Tonne Heringe. Vergegenwärtigt man sich das immer weiter um sich greifende Elend, dann sind diese Zwischenfälle, von den Beamten der GHH offensichtlich als empörende Eingriffe in das Eigentumsrecht betrachtet, nur zu verständlich. Denn seit dem 22. Oktober waren – wie bereits erwähnt - alle Arbeiter der GHH, die nicht mit der Erledigung letzter produktiver Arbeiten zu tun hatten oder Kontroll- und Sicherungsfunktionen wahrnahmen, auf Erwerbslosenfürsorge angewiesen. Am 17. November 1923 betrug die Erwerbslosenunterstützung für einen erwachsenen Mann pro Tag 470,4 Milliarden Mark. War er verheiratet, gab es für die Ehefrau eine Zulage von 168 Milliarden Mark täglich, für zwei Kinder wurden zusammen 291,2 Milliarden Mark ausgezahlt. Das machte pro Tag für eine vierköpfige Familie 929,6 Milliarden Mark. Eine gewaltige Summe ohne Wert. Kostete doch bereits ein Graubrot von dreieinhalb Pfund 450 Milliarden Mark. Wer da nicht auf die Erzeugnisse des eigenen Gartens zurückgreifen oder ein paar Wertgegenstände gegen Lebensmittel eintauschen konnte, der hungerte mit seiner Familie ohne Aussicht auf baldige Besserung.

Unterdessen bereitete sich die GHH, namentlich auch Paul Reusch, darauf vor, die allgemeine Notlage zu nutzen, um den Achtstundentag als bedeutendste soziale Errungenschaft der Revolution vom November 1918 zu beseitigen.

4.1.3. Der Achtstundentag geht verloren



Oberhausener Zeitung 17.10.23

Ende September 1923 gab die Reichsregierung den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung auf. Die Ruhrindustrie strebte in den folgenden Wochen mit der französisch-belgischen Besatzungsbehörde eine Verständigung über die Neuregelung von Reparationsleistungen an. Reusch hatte bereits vorher über das Thema Gespräche mit französischen Industriellen geführt. An den Verhandlungen war die GHH mit einem Vertreter beteiligt. Am 23. November wurde der erste der sogenannten MICUM-Verträge zwischen der Ruhrindustrie und der Besatzung geschlossen. Weitere folgten bis zum September 1924. In ihnen waren die Menge der durch die Ruhrindustrie zu liefernden Kohle und weitere Zahlungen geregelt. Die Ruhrindustriellen

machten aus diesen Verträgen umgehend Sachzwänge, die angeblich Einschnitte bei Löhnen und Arbeitszeit erfordern würden. Als erste und noch vor Unterzeichnung der MICUM-Verträge, beschlossen die Zechenbesitzer die Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage von sieben auf achteinhalb Stunden. Die Herren von Eisen- und Stahl und namentlich die Herren der GHH zogen rasch nach. Sie wollten zurück zur zehnstündigen Arbeitszeit pro Schicht (mit Pausen zwölf Stunden), wie sie bis zum November 1918 gegolten hatte. Zynisch nannten sie diesen gesellschaftlichen Rückschritt „Friedensarbeit“. Um ihn zu erzwingen, griffen sie zum Mittel der Erpressung.

Eine gemeine Erpressung

e Feierlichkeiten auf der Gutehoffnungshütte. Für die laufende Woche sind vorläufige Feierlichkeiten für heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, eingelegt. Den Werksangehörigen wurde am 24. November folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt: Der Unterzeichnete erklärt: Das Angebot der Gutehoffnungshütte, mit Wirkung vom 27. November 1923 unseren Arbeitsvertrag dahin abzuändern, daß die regelmäßige Arbeitszeit von 6–6 Uhr mit Pausen von 8–8½, 12–1 Uhr und 3¼–4 Uhr dauert, gegen eine Vergütung für 10 Arbeitsstunden, nehme ich an und bekunde mein Einverständnis durch Namensunterschrift.

Meldung in der Oberhausener Zeitung 27.11.23

Am 10. November wurde dem Arbeiterrat der GHH vom Direktorium eröffnet, das Unternehmen beabsichtige, bei Wiederaufnahme der Produktion und vor dem Hintergrund der MICUM-Verträge 25 Prozent der Beschäftigten zu entlassen. Direktor Crull sprach in

dem Zusammenhang von „Auskämmung“ der Belegschaft, ganz so, als gelte es Läuse nissen, Parasiten also, zu entfernen. Treffen sollte es alle ledigen Kollegen sowie diejenigen, deren Ehemohnsitz sich in unbesetztem Gebiet oder in erheblicher Entfernung vom Werk (sofern im besetzten Gebiet gelegen) befand. Eine Hinzuziehung des Arbeiterrats bei der Auswahl lehnte Crull ab. Wohl in der Absicht, die Mitglieder des Belegschaftsgremiums zu beruhigen, versicherte er, es bestehe „für Arbeiter, die sich als gewerkschaftliche Funktionäre betätigt hätten, (...) kein besonderes Recht. Es werde ihnen aber auch hieraus kein Strick gedreht.“ In einer weiteren Sitzung am 24. November präsentierte man dem Arbeiterrat den Entwurf einer Erklärung, die von den zur Weiterbeschäftigung vorgesehenen Arbeitern unterschrieben werden sollte. In der hieß es: „Die Unterzeichneten erklären: Das Angebot der Gutehoffnungshütte, mit Wirkung vom 26. November 1923¹¹, unseren Arbeitsvertrag dahin abzuändern, dass die regelmäßige Arbeitszeit von 6 – 6 mit Pausen von 8 ½, 12 – 1 Uhr und 3 ½ - 4 Uhr dauert gegen eine Vergütung von 10 Arbeitsstunden, nehmen wir an und bekunden unser Einverständnis durch Namensunterschrift.“ Verweigerte jemand die Unterschrift, sollte ihm folgendes Schreiben übergeben werden: „Da wir in absehbarer Zeit für Sie in unserem nur in beschränktem Umfang wieder eröffneten Betriebe keine Arbeitsgelegenheit haben, kündigen wir Ihnen das Arbeitsverhältnis mit Ablauf des 14. Tages nach Empfang dieses Schreibens.“

¹¹ In den Akten der GHH und in der Presse finden sich verschiedene, voneinander abweichende Daten, von denen ab die neue Arbeitszeit gelten sollte.

In der Presse klagten nicht weiter benannte Arbeiterkreise darüber, die GHH würde die Unterschriften mit massivem Druck erpressen. Meister würden mit Streichung der Erwerbslosenfürsorge drohen, auf die die Beschäftigten seit Ende Oktober angewiesen waren, und die Frauen seien dazu gezwungen worden, für ihre Männer zu unterschreiben, wenn letztere abwesend gewesen seien.

Der Arbeiterrat versuchte, der Unternehmensleitung die Stirn zu bieten. Vorsitzender Ewald Beisenbruch betonte, die Arbeitszeit sei in der Arbeitsordnung geregelt, die nur durch einen Schlichtungsausschuss geändert werden könne. Außerdem solle die Arbeitszeit in wenigen Tagen im Rahmen der Bezirksarbeitsgemeinschaft¹² geregelt werden. Er könne, so die Niederschrift der Sitzung, „daher seine Zustimmung nicht geben“. Er werde im Gegenteil die Arbeiterschaft davor warnen, etwas zu tun, was nicht auf der Grundlage der bezirklichen Vereinbarungen und unter Verstoß gegen die gesetzliche Arbeitsordnung abgeschlossen sei. Direktor Crull ließ sich erwartungsgemäß nicht umstimmen und schwang sich zum wahren Vertreter der Arbeiterinteressen auf. Man sei nach der Arbeitsordnung berechtigt, mit den einzelnen Arbeitern von der Arbeitsordnung abweichende Arbeitsverträge abzuschließen. Die Arbeiterschaft „möge immer berücksichtigen, dass wir nur in ihrem Interesse handeln; die [von Beisenbruch – U.B.] in Aussicht gestellte Warnung sei daher verwerflich, da sie nicht im Interesse des Arbeiters liege, sondern zu seinem Nachteil gereiche.“ Im Übrigen war er überzeugt, dass eine Einigung auf bezirklicher Ebene im Sinne der GHH ausfallen werde. Ihre „Anwendung auf die inzwischen etwa abgeschlossenen Arbeitsverträge“ sicherte er „ohne weiteres“ zu.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft tagte Ende November. Deren Vorsitzender, leitender Richter eines Gewerbegerichts, „betonte ausdrücklich die Entschlussfreiheit der Werke. Jedes Werk

Teilweise Wiederaufnahme der Arbeit bei der G.H.H.

Auf den Abteilungen der Gutehoffnungshütte in Sterkrade ist heute morgen die teilweise Wiederaufnahme der Arbeit unter den den Arbeitnehmern vorgelegten Bedingungen erfolgt. Selbstverständlich konnte die Wiederaufnahme der Arbeit vorerst nur in beschränktem Umfange erfolgen, wird sich aber nach und nach so steigern, daß der größte Teil der Belegschaft wieder arbeiten kann. Zum Schutze der Arbeitswilligen war ein größeres Aufgebot blauer Polizei angetreten, doch brauchte diese nicht einzugreifen, da die Arbeitswilligen nicht belästigt wurden.

Oberhausener Zeitung 10. Dezember 1923

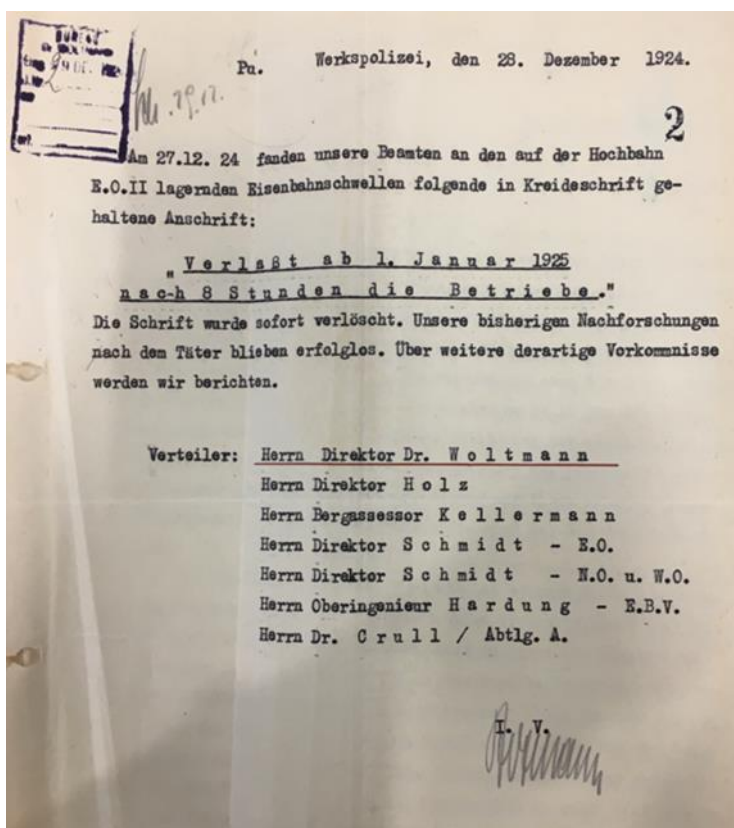
könne anfangen, wann und unter welchen Bedingungen es wolle“, wie die Arbeitgeberseite befriedigt festhielt. Sein Vorschlag: „Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Vermehrung und Verbilligung der Produktion erfordern, kann die Arbeitszeit über acht Stunden hinaus gesteigert werden. Wo es die

technischen Einrichtungen gestatten, kann auch die Dreifachschicht durch die Doppelschicht abgelöst werden. (...) Einzelvereinbarungen darüber sind in den Werken zu treffen.“ Einzige Einschränkung: Die 24-Stundenschicht an Sonntagen solle unter allen Umständen vermieden werden. Dazu gab es als soziale Verzierung ohne praktischen Wert einen

¹² Die Bezirksarbeitsgemeinschaft war ein paritätisch besetztes Gremium von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband unter Vorsitz eines Richters.

frommen Wunsch: Es sei „Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu nehmen. Eine Ausbeutung der Arbeitskraft des Einzelnen“ dürfe nicht stattfinden.

Die Vertreter des DMV ließen sich davon natürlich nicht blenden, zeigten aber doch Ansätze zur Kompromissbereitschaft. Sie lehnten zwar „die grundsätzliche Abschaffung des Achtstundentages“ ab, ließen aber Spielraum für Ausnahmen. Davon unbeeindruckt drohte die ganz auf die Durchsetzung ihrer Maximalforderung orientierte Arbeitgeberseite mit Aufkündigung der in der Arbeitsgemeinschaft institutionalisierten Zusammenarbeit. Man sehe sich unter diesen Umständen nicht in der Lage, „Kollektivverträge irgendwelcher Art mit den Gewerkschaften abzuschließen“ und werde „vom kommenden Montag an bis auf Weiteres an Lohnverhandlungen nicht mehr teilnehmen.“



Hilfloser Protest ein Jahr danach. Abb. RWWA

Unterdessen schuf die GHH Fakten und wendete sich an Gewerkschaften und Arbeiterrat vorbei an die einzelnen Beschäftigten. In einer Bekanntmachung an die Belegschaft teilte sie am 30. November mit: „Nur mit der Wiedereinführung der Friedensarbeit ist die Möglichkeit der Wiedereröffnung unserer Oberhausener Hüttenbetriebe gegeben. Die Arbeitswiederaufnahme mit der Friedensarbeitszeit kann aber wegen der schlechten Wirtschaftslage nur mit beschränkter Arbeiterzahl

erfolgen. Wir fordern unsere Arbeiter, insbesondere die Verheirateten und hier Wohnhaften auf, sich schriftlich oder mündlich unter Angabe des Vor- und Zunamens, des Wohnortes (Straße und Hausnummer), der früheren Markennummer und Arbeitsstätte bei der Arbeiterannahmestelle ihrer Betriebe (...) unverzüglich zu melden. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Meldung die Verpflichtung zur Friedensarbeitszeit in sich schließt.“ Vergeblich versuchte der DMV auf einer regionalen Konferenz am 4. Dezember, am Achtstundentag und an der dreifachen Schicht in der Hütten- und Walzwerksindustrie grundsätzlich festzuhalten. Um die Wirtschaft in Gang zu bringen, könnten aber Überstunden vereinbart werden, sofern zunächst die Entlassenen wieder eingestellt und Kündigungen

zurückgenommen würden sowie die normale Arbeitszeit wiederhergestellt worden sei. Fast verzweifelt hieß es am Ende einer von der Konferenz verabschiedeten Erklärung: „Die Mitglieder des DMV verpflichten sich, die Bedingungen der Arbeitgeber, die eine Unterbrechung des Achtstundentages oder Aufhebung der dreifachen Schicht vorsieht, nicht anzuerkennen.“ [Unterstreichung im Original – U. B.] Tatsächlich hatten sich da bereits etliche Kollegen, zermürbt von den Monaten des Hungers, den Bedingungen der GHH und anderer Unternehmen unterworfen und die Wiedereinstellung bei verlängerter Arbeitszeit akzeptiert. Georg Wieber, Bruder des CMV-Gründers Franz Wieber und Herausgeber des CMV-Verbandsorgans berichtet in seiner 1926 erschienenen Geschichte des CMV, es hätten sich bei den Hüttenwerken der GHH 4.500 von 7.000 Beschäftigten dem Ultimatum des Unternehmens gebeugt und in den anderen Betrieben der Stahlindustrie sei es ähnlich gewesen. Manche scheinen übrigens trotz gegenteiliger Zusicherungen der GHH, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen worden zu sein. So führte der Arbeiterrat Ende Dezember darüber Klage, sämtliche Vertrauensleute seien entlassen worden. Die Arbeitgeberseite antwortete ausweislich des von ihr selbst geführten Protokolls ausweichend. Entlassungen seien „sehr loyal durchgeführt worden“. Bei Beschwerdefällen sei „nicht in einem einzigen



(Abb.: RWWA)

Fall Härte festgestellt worden“.

Zu einer einheitlichen Aktion für die Verteidigung des Achtstundentages kam es nicht, auch nicht im Januar 1924, als der DMV-Bezirk Essen vergeblich (und ohne Genehmigung durch den Hauptvorstand) zum Generalstreik in den Werken der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller aufrief. Da hatte das Arbeitgeberlager bereits Unterstützung durch die Reichsregierung erhalten, an der die SPD seit Anfang November 1923 nicht mehr beteiligt war. Sie ermöglichte mit einem „Arbeitszeitnotgesetz“ vom 21. Dezember 1923 ihrerseits Abweichungen vom Achtstundentag. Der CMV hatte

Widerstand von Anfang an ausgeschlossen, sondern sich im Namen der „Notwendigkeiten der Wirtschaft“ (so eine Formulierung in der Verbandszeitung) kompromissbereit gezeigt. Dabei wird eine Rolle gespielt haben, dass die Reichsregierung mittlerweile vom Zentrum geführt wurde und auch der Arbeitsminister ein Zentrumsmann war.

Im Bergbau endete die Auseinandersetzung um die Verlängerung der Arbeitszeit, bei der im Mai 1924 380.000 Ruhrbergleute ausgesperrt wurden, ebenfalls mit einer Niederlage der Beschäftigten.

In den folgenden Jahren gab es zwar für einzelne Beschäftigtengruppen in der Eisen- und Stahlindustrie Verbesserungen, so 1925, als der Achtstundentag für die Hochofenarbeiter

wieder eingeführt wurde. Seine Ausdehnung auf alle Feuerarbeiter, wie vom DMV gefordert, scheiterte aber. Für die große Mehrheit der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlerzeugung blieb es bei durchschnittlich 59 Stunden an sechs Tagen (58 auf der Tag-, 60 auf der Nachtschicht), wie sie vom Arbeitszeitnotgesetz vorgesehen waren. Erst 1927 wurde die Arbeitszeit durch Schiedsspruch um eine weitere Stunde verkürzt und die Geltung der neuen Regelung auf zusätzliche Beschäftigtengruppen ausgeweitet, allerdings gegen die Stimmen der beiden am Schiedsverfahren beteiligten Tarifparteien. Die Arbeitgeber lehnten die Minderung der Arbeitszeit ab, den Gewerkschaften ging sie nicht weit genug. Auf der GHH betrug die Arbeitszeit 1929 in den Heißbereichen der Hochofenbetriebe, Stahlwerke und Walzwerke an sechs Werktagen 48 Stunden, in anderen Bereichen, z. B. den Zurichtereien 57 Stunden, im Radsatzwerk 54 Stunden, im Hammerwerk der Abteilung Sterkrade 53, im Maschinenbau und Brückenbau 52 Stunden. Die Dauer der Arbeitszeit variierte also erheblich, je nach Betrieb und individuellem Arbeitsplatz.

Bitteres Fazit

1927 bilanzierte der DMV in einer Broschüre die Gründe, die nur fünf Jahre nach der Einführung des Achtstundentags in den Revolutionstagen zu seinem Verlust geführt hatten. Die allgemeine Arbeitslosigkeit sei zu groß, die Organisation zudem finanziell und durch innere Streitigkeiten geschwächt gewesen. Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in miteinander konkurrierende und politisch gegensätzlich ausgerichtete Verbände trug – das sei hinzugefügt – das ihre dazu bei. An seiner Wiedereinführung für „die Hüttenarbeiter aller Art“ hielt die Gewerkschaft fest. Dauerhaft zurückgewonnen wurde der Achtstundentag jedoch erst 1948 durch Verordnung des Alliierten Kontrollrats, und zwar nicht nur für die Beschäftigten im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, sondern für die Arbeitnehmer in sämtlichen Wirtschaftszweigen.